

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe November 2017

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausclick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) und den [Haftungsausschluss](#) finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion, 2017-01-17

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Marcus Klöckner: Wie man sich gegen die Sprache der Herrschenden zur Wehr setzt**
- **Marcus Klöckner: Über "fühlen" und "mitnehmen": Wie Politik und Medien durch Sprache die Wirklichkeit verschleiern**
- **Swiss Propaganda Research: Die Propaganda Matrix**
- **Jochen Mitschka: Ohne neutrale Medien keine Demokratie**
- **Diana Johnstone: Antifa in Theorie und Praxis**
- **Egon W. Kreuzer: Straßenschlacht mit Ansage**
- **Frieder Wagner: Ein Menschheitsverbrechen**
- **Klaus-Dieter Kolenda: Geplante Massenvernichtung**
- **"Pariser Erklärung" - Ein Europa, wo(ran) wir glauben können**
- **Putins grundsätzliche Rede in Valdai 2017**

Zitat des Monats von George Orwell alias Eric Arthur Blair ([bei vds-ev, Seite 5](#)):

**Die politische Sprache wurde erschaffen,
um die Lüge ehrenwert anmuten und
Wind als solide erscheinen zu lassen.**

Editorial

In dieser Ausgabe bildet die Frage nach der Wahrheit der Berichterstattung einen roten Faden. Bereits durch unangemessene Wortwahl können Zusammenhänge falsch dargestellt und somit Unwahrheiten verbreitet werden. Das ist aber kein Zufall. Mächtige Organisationen wie der 'Council on Foreign Relations' haben Desinformation als erklärtes Ziel. Der CFR steuert nicht nur die wesentliche Presse der westlichen Welt einschließlich der Nachrichtenagenturen – er steuert auch wichtige Ereignisse selbst. Das ist keine Verschwörungstheorie, sondern erklärte Praxis. Auch deshalb wird in einem Diskussionsbeitrag vorgeschlagen, wie zumindest die öffentlichen Medien demokratischer organisiert werden könnten. Die systematische Desinformation behindert die Empörung selbst über schreckliche Kriegsverbrechen, die auch in unserem Namen begangen werden. Deshalb erinnern wir an die Uranmunition, die seit über 25 Jahren in verschiedenen Kriegen eingesetzt wird. Deren schreckliche Folgen, die vielen Menschen nicht bekannt sind, wurden vor allem von dem inzwischen verstorbenen Prof. Günther aufgedeckt.

Einen positiven Ausblick gibt die Pariser Erklärung von europäischen Gelehrten. Sie beschreiben eindrucksvoll, wie ein Europa beschaffen sein müsste, das für Frieden, Gerechtigkeit und sicheres Zusammenleben steht. Schließlich gibt eine interessante Rede von Präsident Putin einen konstruktiven Ausblick auf eine Welt, die auch durch eine reformierte UNO im Sinne der gleichwertigen Souveränität der Staaten geschützt werden muss.

[Inhalt](#) ↑

- **Marcus Klöckner: Wie man sich gegen die Sprache der Herrschenden zur Wehr setzt**

[Die Sprache der Herrschenden gleicht einem trojanischen Pferd.](#) Äußerlich betrachtet, zeigt sie sich unverdächtig und harmlos. Aber in ihrem "Innern" transportiert sie einen Inhalt, der, wenn er nach außen gelangt, zur Gefahr wird. Wenn kluge Medienvertreter unentwegt von einem "gefühlten Abgehängtsein" sprechen, wenn sie sagen, dass ein Unternehmen sich "verschlanke", dann denken wir, das könne doch nicht so verkehrt sein.

Doch Vorsicht: Wenn bestimmte Begriffe und Formulierungen, die den öffentlichen Diskurs manipulieren, erst einmal von den Bürgern selbst übernommen werden, ist die politische Schlacht von oben gewonnen, denn: Die Sprache mit all ihren Zuschreibungen, Bildern und Inhalten, die in ihr zum Ausdruck kommen, beeinflusst auch das Denken. Wer von einer Verschlankeung eines Unternehmens spricht, während hunderte Menschen ihren Job verlieren, beschönigt die Realität. Er blendet aus, was dieser euphemistische Begriff verdeckt, nämlich: Große Ängste, Sorgen, Existenzen, die aufgrund des Arbeitsplatzverlustes zusammenbrechen.

Die Sprache der Herrschaft ist gefährlich, sie fügt der Demokratie schwere Schäden zu. Unentwegt trägt sie zur Reproduktion der gesellschaftlichen Spaltung bei. Sie übergeht das Leiden vieler Bürger und blendet für Staat und Land verhängnisvolle Realitäten aus, nur um die Macht der Herrschenden nicht zu gefährden. Daher sind bei politischen Diskursen insbesondere die scheinbar unverdächtigen Begriffe und Formeln aus der Alltagssprache genau zu betrachten. Daher gilt es im Diskurs bei solchen Formulierungen einzuhaken, zu hinterfragen. Sei es um den Formulierenden zum Nachdenken, Erklären oder Rechtfertigen zu zwingen oder ihm zu verstehen geben, dass man ihn durchschaut hat.

Aber der Kampf gegen die Herrschaftssprache ist langwierig und in vielen Themenfeldern zu führen. Je politischer ein Thema ist, desto wahrscheinlicher ist es, die Sprache der Herrschaft in hoher Konzentration anzutreffen. Je wichtiger ein Vorhaben für die politischen Weichensteller ist,

umso wahrscheinlicher ist es, dass mit manipulativen Formulierungen alles daran gesetzt wird, das Denken der Bürger in eine vorherbestimmte Richtung zu lenken.

[Marcus Klöckner](#), studierte Soziologie, Medienwissenschaften und Amerikanistik, wirft als Journalist und Autor einen kritischen Blick auf Medien und Herrschaftsstrukturen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Marcus Klöckner: **Über “fühlen“ und “mitnehmen“: Wie Politik und Medien durch Sprache die Wirklichkeit verschleiern**

Marcus Klöckner geht in seiner Analyse minutiös der Frage nach, wie Sprache benutzt wird um die Realität zu verschleiern und echte Diskurse zu verhindern. U.a. am Beispiel der Talkshow “Hart aber Fair“ führt ein sog. “hoch reputierter“ Journalist einem breiten Publikum auf unterschwellige Weise vor, wie man Menschen abwertet, die unzufrieden sind und die vielleicht nicht dem Mainstream entsprechen.

Zwei Floskeln und Aussagen, so Klöckner, die immer wieder auftauchen, wenn Politiker und Journalisten über diejenigen reden, die ihr Vertrauen in die etablierten Parteien verloren haben, fallen seit geraumer Zeit besonders auf. Wann immer Politiker und Medienvertreter davon sprechen, dass sich Menschen “abgehängt fühlen“ oder dass man sie “mitnehmen“ müsse, kommen diese Formulierungen zum Ausdruck, die beispielhaft dokumentieren: [Die herrschende Sprache wirkt oft harmlos, aber sie vermag es, ganze Diskurse zu sabotieren.](#)

Diese Formulierungen sind ein Musterbeispiel dafür, wie Politiker und Journalisten nicht nur Sprache nutzen, um die Realität zu verschleiern, sie zeigen auch auf, wie man Diskurse sabotiert, Menschen abwertet und ihre Positionen und Anliegen auf subtile Weise delegitimiert. Denn: Menschen, die von Transferleistungen leben, fühlen sich nicht abgehängt – sie sind abgehängt. Kinder, die in einem Hartz-IV-Haushalt leben, fühlen sich nicht benachteiligt – sie sind benachteiligt. Menschen, die für einen Mindestlohn arbeiten, fühlen sich nicht an den Rand gedrängt – sie sind es.

[Inhalt](#) ↑

- Swiss Propaganda Research: **Die Propaganda Matrix**

Der ‘Council of Foreign Relations’ (CFR) wurde 1920 gegründet, um “Ideen für eine aktive Außenpolitik“ zu entwickeln. Tatsächlich ist der CFR heute die einflussreichste private Institution der USA und ein weltweit aktives “Politbüro des Kapitalismus“. Mitglieder dort sind zahlreiche Institutionen, private und auch staatliche (!), und es gibt weitere “Unterorganisationen“, wie die 1954 für Europa gegründete Bilderbergerkonferenz, die 1972 für Ostasien gegründete ‘Trilaterale Kommission’ und die bereits 1952 gegründete Atlantik-Brücke. Der CFR stellt heute ein Netzwerk mit knapp 5’000 Mitgliedern dar.

Die [Vernetzungen sind in einer Propaganda Matrix grafisch dargestellt](#). Kontrolliert und gesteuert werden neben den Geheimdiensten zum Beispiel viele der sogenannten Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wie ‘amnesty international’, ‘human rights watch’ und sogar George Soros, aber auch punktuell und nicht dauerhaft gegründete Gruppen, die da und dort für einen “regime change“ sorgen sollen. Denn es wird nicht nur desinformiert, sondern auch handfeste Politik organisiert. Kontrolliert und gesteuert werden auch Nachrichtenagenturen (wie die drei führenden AP, Reuters und AFP), Tageszeitungen, PR- Agenturen, sich für gute Zwecke einsetzende Hollywoodstars, Schulung erfahrende Militärs.

Zu dem Ziel der Kontrolle des Informationsflusses in der westlichen Welt sagt das CFR-Mitglied und ehemaliger CIA-Direktor Casey: “Unser Desinformationsprogramm wird erst abgeschlossen sein, wenn alles, was die Öffentlichkeit glaubt, falsch ist.“

[Swiss Propaganda](#), ein Forschungs- und Informationsprojekt zu geopolitischer Propaganda in Schweizer Medien, erstellt alle Studien und Beiträge durch politisch und publizistisch unabhängige Medienwissenschaftlern, ohne Beauftragung oder Fremdfinanzierung. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Jochen Mitschka: **Ohne neutrale Medien keine Demokratie**

[Medien waren einmal gedacht als vierte Macht im Staate](#). Medien sollten - und haben das einmal getan - Exekutive, Legislative und Judikative kontrollieren, indem sie neutrale und im Sinne der Menschen kritische Berichte erstellen. Nur so können die Wähler in einer Demokratie in die Lage versetzt werden, zu erkennen, wer wirklich ihre Interessen vertritt.

Dies ist heute nicht mehr der Fall. Die Vielzahl an Medien und Meinungen ist viel kleiner und die wirtschaftliche Abhängigkeit der Medien viel größer geworden. Wie kann man diese Situation ändern?

Die Regulierung der Medien muss von denen ausgehen, für die die Informationen bestimmt sind. Tendenzbetriebe, die eine kritische Größe erreichen, müssen zerschlagen werden. Nachricht und Kommentar sind strikt zu trennen. Es müssen Meinungen unterschiedlicher Richtungen der Gesellschaft zu Wort kommen. Werden vereinbarte Grundsätze missachtet, sind Sanktionen zu verhängen.

Die Einflussnahme der Parteien auf die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ist zu groß; daher müssen diese in Nutzer-Genossenschaften umgewandelt werden. Der Zugang zur politischen Elite ist transparent und pluralistisch zu organisieren.

[Jochen Mitschka](#), Jg. 1952, 2009 *Rückkehr aus Asien, Gründer der Piratenpartei, Übersetzer, Autor mit verschiedenen Pseudonymen, Artikel und Bücher über Südostasien, Demokratie, Medien und internationale Krisen: ... was man in deutschsprachigen Medien meist vergeblich sucht.* (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Diana Johnstone: **Antifa in Theorie und Praxis**

Der Artikel nimmt ein Zitat des Schriftstellers Enno Flaiano als Motto: "Faschisten teilen sich in zwei Kategorien: Die Faschisten und die Antifaschisten." Das wird dann erläutert an "antifaschistischen" Theorien und Aktionen in USA und Europa. Die "Theorie" liefert u.a. ein von der Mainstream-Presse in den USA begeistert aufgenommenes "Anti Fascist Handbook" von Mark Bray, in dem [üble Geschichtsklitterung betrieben](#) und der Eindruck erweckt wird, als seien die heutigen "Antifaschisten" die rechtmäßigen Erben der Kämpfer gegen die Sklaverei im 19. und gegen die Franco-Diktatur im 20. Jahrhundert.

Tatsächlich zeigt die Praxis der Antifa, dass man als "faschistische" Ziele immer die ins Visier nimmt, die die Angriffskriege des Westens im Nahen und Mittleren Osten ablehnen, die die EU kritisch sehen, die den Begriff Nation positiv werten, die Kritik an der Einwanderung äußern. Diese politischen Haltungen werden nicht nur leichtfertig als faschistisch, sondern gerne auch als antisemitisch bezeichnet und es werden Aktionen gegen diese Menschen angezettelt, die auch vor Gewaltanwendung nicht zurückschrecken.

[Diana Johnstone](#), Jg. 1934, *studierte russische Regionalwissenschaft/Slawistik und promovierte in französischer Literatur, lebt als freie Journalistin für verschiedene US- und internationale Medien in Paris; Autorin mehrerer politischer Bücher zur Politik der USA und EU.* (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Egon W. Kreuzer: **Straßenschlacht mit Ansage**

Auch wenn der hier geschilderte Vorfall bereits im April 2017 stattfand, bleiben das dortige Auftreten der "Antifa" und die aufgezeigte Zielsetzung beispielhaft. (Red.)

Die "Antifa" besteht aus einzelnen Gruppen, Gruppierungen und Zellen, die fast durchweg eng mit den kommunalen und regionalen politischen Kräften in den Parlamenten und Entscheidungsgremien öffentlicher Einrichtungen vernetzt sind. Diese Gruppen beziehen von daher in nicht unerheblichem Umfang Fördermittel aus Steuergeldern.

Die Autoren Christian Jung und Thorsten Groß haben diese Strukturen in ihrem Buch "Der Links-Staat" akribisch aufgezeigt und auch die Nachweise über die Zuwendung von Fördermitteln geführt, die letztlich in der linksextremistischen Szene von Antifa und Autonomen ankommen.

Praktisch in allen Bundesländern und allen größeren Städten existieren öffentliche Finanzierungsquellen für die Antifa und auch der Bund beteiligt sich mit nennenswerten Beträgen. Egon W. Kreutzer zieht folgendes Fazit aus der Lektüre dieses Buches: "[Der Rechtsstaat unterstützt gewaltbereite Gruppen von links](#) sowohl ideell als auch materiell, um den argumentativ schwierigen Diskurs mit Vertretern nationaler Interessen mit Hilfe von 'Stellvertreterkriegen auf der Straße' vermeiden zu können."

Den Nutzen solch gewaltbereiter Aufmärsche haben für Kreutzer allein diejenigen, die sich die Macht eh schon teilen und über mit Gewalt verbundenen Demonstrationen und Gegendemonstrationen einen Vorwand bekommen, sowohl gegen links als auch gegen rechts und gegen die Bevölkerung insgesamt mit neuen oder verschärften Gesetzen vorzugehen. Was uns fehlt, ist jenes Maß an basisdemokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten, das helfen würde, das Gefühl zu widerlegen, ohne Gewalt würde sich ja doch nichts ändern, und es fehlt die volle strafrechtliche Verantwortung der Administration für vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Gesetzesbruch.

[Egon W. Kreutzer](#), Jg. 1949, betreibt eine eigene Internetseite mit dem Bestreben, die scheinbar unvereinbaren Gegensätze von "Eigentum" und "Teilhabe" zu einem Ausgleich zu führen – z.B. bei den Spannungsverhältnissen Arbeitgeber/-nehmer, Marktmacht/ Konsument, Staat/Bürger. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Frieder Wagner: **Ein Menschheitsverbrechen**

Die USA setzen in ihrem Kampf gegen den 'Islamischen Staat' (IS) in Syrien jetzt auch Uranmunition ein. Sie haben dazu zwölf A-10 Boden-Kampfflugzeuge "Thunderbolt 2" nach Syrien verlegt. Das Pentagon hat nun zugegeben, diese für [Mensch und Umwelt höchst gefährliche Waffe](#) nun schon mindestens zweimal eingesetzt zu haben. Bisher hatte es behauptet in Syrien keine panzerbrechende Uranmunition einzusetzen, weil der IS kaum Panzer besitzt.

Durch den Einsatz dieser Waffe wurden aktuell 350 Tankfahrzeuge des IS zerstört. Diese sogenannten "weichen Ziele" hätte man aber auch mit herkömmlicher Kriegsmunition vernichten können. Allein beim Einsatz gegen diese Tankfahrzeuge des IS wurden etwa 1,5 Tonnen Uranmunition aus abgereichertem Uran (DU) verschossen.

DU ist radioaktiv und hoch giftig. Bei einem Beschuss verbrennt dieses Uran bei Temperaturen bis zu 5'000 Grad Celsius zu winzigsten Nanopartikeln, 100 Mal kleiner als ein rotes Blutkörperchen. Es entsteht also nach jedem Beschuss praktisch ein gasähnlicher Feinstaub, der weiterhin radioaktiv und hoch giftig ist, die Umwelt kontaminiert und so Gesundheit und Leben der Menschen bedroht. Bei Mensch und Tier führt der radioaktive Feinstaub zu Chromosomenbrüchen, die den genetischen Code verändern. Die daraus resultierenden, furchtbaren Missbildungen sind in Dokumentarfilmen über den Irak, Serbien, Bosnien und das Kosovo zu sehen, wo die alliierten Streitkräfte in den vergangenen Kriegen Uranmunition und -bomben eingesetzt hatten. Ein Menschheitsverbrechen.

[Frieder Wagner](#), Jg. 1942, Journalist und mit dem Adolf-Grimme-Preis ausgezeichnete, investigativer Filmmacher. Seine Dokumentation "[Der Arzt und die verstrahlten Kinder von Basra](#)" erhielt den Europäischen Fernsehpreis. Sein Kino-Dokumentarfilm "[Deadly Dust – Todesstaub](#)" wurde bei „Cinema for Peace“ zum besten Dokumentarfilm nominiert.

[Inhalt](#) ↑

● Klaus-Dieter Kolenda: **Geplante Massenvernichtung**

Aufgrund der gesundheitlichen Folgen der Uranmunition betont der Autor, dass [aus ärztlicher und politischer Sicht allein das Verbot von Uranwaffen die einzige Konsequenz](#) aus den zahlreichen vorgestellten und kritisch bewerteten wissenschaftlichen Forschungen, Feldstudien und Rechtsexpertisen über dieses Thema sein kann. Nur so könne weiteres Leid von

Zivilbevölkerung und Soldaten verhindert, und die Verseuchung unserer Umwelt über Millionen Jahre so gering wie möglich gehalten werden.

Solch ein Verbot ist aufgrund der Bestimmungen des Humanitären Völkerrechts und speziell des Zusatzprotokolls I zu den Genfer Abkommen notwendig, da mit diesen Waffen eine Kriegsführung erfolge, die nicht zwischen den Kombattanten und Zivilpersonen unterscheidet beziehungsweise die Umwelt schädigt. Die UN-Generalversammlung anerkannte 2016 die anhaltenden Befürchtungen über Gesundheitsrisiken von angereichertem Uran zum sechsten Mal. Deutschland, das die Resolution bis 2014 unterstützte, wurde von der "Internationalen Koalition zur Ächtung von Uranwaffen" (ICBUW) für seine Bemühungen kritisiert, die Sprache der Resolution zu schwächen und andere Staaten zur Enthaltung zu bewegen. Wie gewöhnlich wurde die Resolution von den USA, dem Vereinigten Königreich, Frankreich und Israel abgelehnt.

Im zweiten Teil seines Artikels würdigt Kolenda den selbstlosen, mitfühlenden und mutigen Arzt Prof. Siegwart-Horst Günther, der entscheidend half, den Einsatz von Uranmunition nachzuweisen, deren erschreckenden und über die Jahre zunehmenden Folgen er insbesondere bei Kindern im Irak erkennen konnte. Sein Wirken im Irak wird in den erschütternden Dokumentarfilmen von Frieder Wagner dargestellt, aber ansonsten in Deutschland totgeschwiegen.

[Klaus-Dieter Kolenda](#), Jg. 1941, promovierter Facharzt für Innere Medizin und Facharzt für Physikalische und Rehabilitative Medizin, seit über 40 Jahren als medizinischer Gutachter bei Sozialgerichten; zahlreiche wissenschaftliche Artikel, Fach- und Sachbücher über die Prävention chronischer Krankheiten sowie sozialmedizinische und gesundheitspolitische Blog-Beiträge. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• "Pariser Erklärung" - Ein Europa, wo(ran) wir glauben können

Eine Gruppe Gelehrter und Intellektueller aus mehreren europäischen Ländern hat im Oktober 2017 ihre im Mai verfasste "[Pariser Erklärung](#)" veröffentlicht, in dem sie die gegenwärtige bedrohte geistige und kulturelle Lage Europas analysieren und zu seiner Verteidigung aufrufen.

Sie kritisieren, dass ein falsches Europa dabei sei, das authentische Erbe Europas sowie seine Kulturen und Nationen zu zerstören. Dieses falsche Europa beruhe auf einer Kultur der Ablehnung des Eigenen. Sie lassen keinen Zweifel daran, dass sich die EU vom wahren Europa weit entfernt hat.

In sechszwanzig Proklamationspunkten wird die gegenwärtig dominierende falsche Idee von Europa aufgezeigt und mit dem Gegenentwurf eines wahren Europas konfrontiert:

So sei das falsche Europa vorurteilsbehaftet gegenüber der europäischen Vergangenheit und lehnen dabei die christlichen Wurzeln Europas ab. Die Schirmherren des falschen Europas seien in Vorurteilen, Aberglauben und Ignoranz versunken, geblendet von eitlen, selbstbeweihräuchernden Visionen; sie seien utopisch und tyrannisch. Es gehe nun darum Europa aus seiner Sackgasse zu führen, es zu erhalten und zu verteidigen. Das wahre Europa sei eine Gemeinschaft von Nationen, eine Einheit mit kultureller Vielfalt und christlichen Wurzeln. Es gelte die aus den klassischen Tugenden erwachsene geistige Erbe weiter zu diskutieren, zu entwickeln und zu teilen und zu lieben.

Das wahre Europa sei in Gefahr. Unsere Gesellschaften scheinen sich aufzulösen in Individualismus, Isolation und Ziellosigkeit. Andererseits werde das Leben in Europa zunehmend flächendeckend reguliert, das politische Denken werde durch die Grenzen der 'Political Correctness' zur Konformität gezwungen. Es werde uns weisgemacht, dass unsere Kultur nicht schützenswert sei. Das politische Leben werde von den Mandarinen der EU vereinnahmt, deren sanfte Tyrannei als alternativlos dargestellt.

Die europäischen Gesellschaften seien dabei sich zu zersplittern. Die Universitäten helfen bei der Zerstörung unserer Kultur, da das Ideal intellektueller Redlichkeit und Objektivität abgeschliffen worden sei. Mit Recht werde der europäische Wähler immer skeptischer gegenüber der Elite, die aufbegehrende Bürger als Faschisten oder Rassisten bezeichnen.

Um unsere politische und historische Selbstbestimmung zurückzuerhalten, sei es notwendig, das öffentliche Leben in Europa zu re-säkularisieren, die Denunziation und Nötigung abzustellen. Das gemeinsame europäische Erbe und die nationalen Traditionen müsse von Staatsmännern und von Migranten anerkannt werden. Es gelte, die Würde der wichtigsten Vorbilder der Gesellschaft wiederherzustellen. Eltern, Lehrer und Professoren hätten die Pflicht, sich um die zu kümmern, die unter ihrer Obhut stehen. Der respektvolle Austausch zwischen den sozialen Schichten sei zu erneuern.

Die Initianten der "Pariser Erklärung" fordern eine umsichtige Sozialpolitik, die Ehe, Kinder und Kindererziehung unterstützt und stärkt. Eine Gesellschaft, die es nicht schafft, Kinder willkommen zu heißen, habe keine Zukunft. Sie fordern von uns im Sinne unseres gemeinsamen Erbes, gemeinsam und in Frieden in einem Europa der Vaterländer zu leben.

[Inhalt](#) ↑

• Putins grundsätzliche Rede in Valdai 2017

In einer Rede beim 'Valdai Club' weist Präsident Putin auf die raschen Veränderungen in der Welt hin, die wir erleben. Die alten Rezepte der 'Global Governance' scheitern und sind den internationalen Problemen nicht angemessen. Zwar haben die Länder verschiedene Interessen, das war schon immer so und wird so bleiben. Aber [es geht heute mehr denn je darum, dass sie sich mit Respekt begegnen](#).

Tatsächlich versucht aber der Westen im Nahen Osten, das Chaos dauerhaft zu machen und misst die eigene Politik und die der anderen mit verschiedenen Maßstäben. Auf der einen Seite gab es zum Beispiel eine Volksabstimmung auf der Krim zum Beitritt nach Russland – was der Westen verurteilt. Auf der anderen Seite hat er selbst im Kosovo Separatismus betrieben.

Es ist wichtig, dass die Souveränität und Selbstbestimmung der Nationen geachtet wird. Dazu geht Putin auch auf die Themen Nordkorea, Ukraine, Syrien, Spanien ein. Er weist im Weiteren auf die schwierige Frage hin, wie wir uns in Zukunft im "Dreieck Mensch-Maschine-Natur" verhalten können. Und er erinnert an den 100. Jahrestag der Oktoberrevolution mit der Frage, ob nicht eine Evolution besser gewesen wäre. Andererseits habe die Gründung der Sowjetunion viele positive Entwicklungen beflügelt – vor allem auch im Westen, weil dieser sich über Jahrzehnte einer Konkurrenz ausgesetzt gesehen hat.

Putin erinnert ausführlich daran, dass Russland seine Atom- und Chemiewaffen unter großzügiger Aufsicht der USA seit 10 Jahren immer weiter abgebaut hat, während die USA diesen Abbau ihrerseits immer weiter hinausschieben und anders als Russland auch das Verbot von Nuklearversuchen seit 17 Jahren nicht ratifizieren.

Nach Putin's Meinung muss die UNO mit ihrer universellen Legitimität das Zentrum des internationalen Systems bleiben. Das gemeinsame Ziel der Politik ist es, die Autorität und Effektivität der UNO zu erhöhen. Die nationalen Souveränitäten müssen als Grundlage des gesamten Systems respektiert werden.

[Inhalt](#) ↑